

Auswirkungen der Sparvorhaben des Bundes auf Thüringen

Aktuelle Stunde – Drucksache 5/1083 -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, heute wurde in den Medien eine Studie zitiert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, nach der die Mittelschicht in Schrumpfungen begriffen ist, in der die Unterschicht massiven Zuwachs bekommt. Aber nicht nur das; auch die Reichen und Superreichen bekommen Zuwachs und mehren ihr Vermögen. Die Politik der Bundesregierung hat sich seit Jahrzehnten in einer fatalen Logik verfangen, immer mehr Sozialabbau, Kürzungen und vor allem der Abbau von Rechtsansprüchen von Versicherungsleistungen, also Pflege, Rente, Soziales, Gesundheit, das sind die Mantras, die unablässig zu hören sind. Trotz der Finanzkrise und dem offensichtlichen Scheitern der neoliberalen Ideologie hält die schwarz-gelbe Bundesregierung an diesen Mantras fest. Um den Haushalt zu sanieren und um die Schuldenbremse umsetzen zu können, fällt der Bundesregierung leider nichts anderes ein, als weiter bei den Schwächsten der Schwachen zu kürzen. Die Ansprüche beim ALG II werden kassiert, Heizkostenzuschüsse für immerhin 40.000 Thüringer Wohngeldempfänger werden gestrichen und das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger fällt völlig weg. Was das für die Betroffenen bedeutet, kann man sich an 5 Fingern abzählen - weiterer sozialer Abstieg und Abstiegsangst bei denjenigen, die noch in Arbeit sind und die Zunahme von Hilfebedürftigkeit vieler Geringverdiener. Die versprochenen Konjunkturimpulse, die mit diesem Streichkonzert gezeitigt werden sollen, können auf diese Weise wohl kaum zustande kommen. Denn gerade bei denjenigen, die ihr Einkommen zu 100 Prozent in den Konsum stecken, wird gestrichen. Aber genau hier müsste ein Konjunkturprogramm im eigentlichen Sinne ansetzen und genau diese Leute müssten mehr Geld bekommen, um die Binnenwirtschaft auch in Fahrt zu bringen.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn aber, wie es derzeit geplant ist, die Pflichtleistungen aus dem SGB II, also bei Hartz-IV, in Ermessungsleistung umgewandelt werden, dann kommt das einer krassen und unverhohlenen Sozialkürzung gleich. Bis 2014 möchte man 29,5 Mrd. € sparen. Sparen ist in dem Sinne ein wirklich falsches Wort, denn diese 29,5 Mrd. € fehlen den Betroffenen, die fehlen aber auch im Konsum, in der Binnenwirtschaft und diese 29,5 Mrd. €, die dort gestrichen werden sollen, die können auch nicht wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: So ist das.)

Hier wird also auf Kosten der Schwächsten der Gesellschaft weiter gekürzt und gestrichen und man sägt sich den Ast ab, auf dem man sitzt. Die Kürzungen der Zuschüsse beispielsweise für die Rentenversicherung haben zur Folge, dass zum einen die Rentenhöhe abnimmt - das hat Frau Lehmann schon gesagt -, aber Altersarmut ist für die Betroffenen bereits jetzt schon vorprogrammiert. Hinzu kommt, dass es sich bei dieser Maßnahme um ein Nullsummenspiel handelt. Denn erstens werden die Betroffenen nun auch noch zum Sozialamt geschickt, um Grundsicherung in Anspruch zu nehmen, und zweitens bekommt die Rentenversicherung die Defizite durch den Steuersäckel ausgeglichen. Gespart hat man dabei nichts. Dieses Sparpaket der Bundesregierung ist

unsozial und völlig unangemessen.

(Beifall DIE LINKE)

Bei der Bundesregierung hat sich dummerweise nur die Erkenntnis festgesetzt, dass man nur über Kürzungen einen Haushalt sanieren kann. Kann man denn aber nicht auch über höhere Einnahmen diskutieren, kann man denn auch nicht über höhere Einnahmen einen Bundeshaushalt sanieren?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo also bleibt die Beteiligung der Reichen und absolut Vermögenden? Wo bleiben die Profiteure der Spekulationen und der Finanzmarktgeschäfte? Warum verzichtet die Bundesregierung mutwillig auf die Einnahmen aus einer Börsenumsatzsteuer, aus Vermögensabgabe- und Erbschaftssteuer?

(Beifall DIE LINKE)

Diese Sanierungsvorschläge, die die Bundesregierung vorgelegt hat, gehen auf Kosten der unteren und mittleren Einkommensschichten, auf Kosten der Geringverdiener. Dieser Weg kann nicht aufgehen. Nicht einmal der Wirtschaft tun sie damit einen Gefallen, denn wenn große Teile der Bevölkerung weniger Einkommen erhalten, dann können sie auch weniger Einkommen für den Konsum ausgeben. Mit diesem Sparpaket wird die gesellschaftliche Spaltung weiter vorangetrieben und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat ja bekannt gegeben, dass auch die Zahl der Reichen und Vermögenden ganz massiv zugenommen hat. Mit sozialer Marktwirtschaft hat dieses Sparpaket wirklich nichts mehr zu tun. Bei dem vorgelegten Sparpaket von sozialer Ausgewogenheit zu sprechen, das ist zynisch, denn soziale Gerechtigkeit bedeutet, einen Ausgleich zu schaffen zwischen Arm und Reich, und das Instrument dazu heißt Solidarität. Die Bundesregierung ist aber dummerweise nur mit den Mövenpicks und Ackermanns solidarisch, nicht aber mit der breiten Bevölkerung. Danke.

(Beifall DIE LINKE)